

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 spbn d

Inhalt

Egon Lutz MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion, fragt, warum der "Sozialausschüßler" Blüm zum unsozialen Kahlschlag schweigt.

Seite 1

Hans Apel MdB erklärt, daß die Zwangsanleihe den einzigen Zweck verfolgte, der FDP zu helfen: Dreistes Täuschungsmanöver der Union.

Seite 3

Karl Ravens MdL sieht durch Albrechts Dragahn-Beschluß die Glaubwürdigkeit gefährdet: Vertrauen zerstört.

Seite 4

Uwe Holtz MdB erklärt, daß das Modell Chile gescheitert ist: Ende der Chicago-Boys.

Seite 5

38. Jahrgang / 57

23. März 1983

WANTED! NORBERT BLÜM! BUNDESARBEITSMINISTER?

Warum schweigt der "Sozialausschüßler" zum unsozialen Kahlschlag?

Von Egon Lutz MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

Also: im Wahlkampf war er auf allen Kanälen, auf allen Ätherwellen und in allen Zeitungen. Keine Frühmeldung, keine Mittagsnachricht, keine Illustrierte, in der der kleine Politiker nicht ausführlichst mit maßgeblichen und unmaßgeblichen Aussagen zu Wort gekommen wäre. Derzeit hört man rein gar nichts von ihm - von Norbert Blüm, dem amtierenden Arbeits- und Sozialminister dieser unserer Republik. Wo steckt er denn nur? Hat ihn der Wirtschaftsrat gekidnappt? Hat ihm sein Bundeskanzler einen Maulkorb vorgehängt? Ist er und wird er was zu sagen haben, wenn es darum geht, den Sozialstaat allen Anfeindungen zum Trotz über die Runden zu retten? Oder darf er uns erst wieder durch seine Allgegenwart erfreuen, wenn er den beschlossenen Koalitionsmist mit vielen losen Sprüchen zum Veilchenbeet des sozialen Fortschritts umzudeklarieren hat?

Es ist schon höchst sonderbar: Die Redepause des Pausenministers entpuppt sich als Handlungspause der Sozialpolitik und beschert uns das tiefe Loch, in das unser Leistungssystem hineinfallen wird, falls der Herr Blüm nicht doch noch Stimme und Einfluß zurückgewinnt, um seine Aussagen im Wahlkampf nun auch einlösen zu können.

Ein Rentenloch von sieben Milliarden sei zu stopfen, hört man. Und deshalb müsse man die nächste Rentenanpassung aktualisieren und im übrigen die Beiträge auch auf die Sonderzuschläge ausdehnen. Warum erzählt uns der Minister nicht, daß nach der Rentenverschiebung (die ja auch 1984 und die folgenden Jahre beibehalten wird) nun der große Betrug am Rentner vorgenommen werden soll. Denn neben der Verschiebung wird durch die "Aktualisierung" eine weitere Rentenkürzung und durch die längst beschlossene schärfere Heranziehung der Rentner zu den Krankenversicherungs-

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Veränderter Umfang
zu früheren Ausgaben
Rechtlich geprüft



beitragen ein Anpassungseffekt gesetzlich verankert, der ein Versprechen absolut aushebeln wird: Daß sich nämlich die Renten im Gleichklang mit den Realeinkommen der Versicherten entwickeln sollen. Der Anpassungssatz wird weiter unter Netto liegen, die Renten werden deutlich im Verhältnis zu den Aktiven-Einkommen absinken. Und dazu schweigt der Minister.

Schweigen auch zu der schändlichen Vorstellung, daß nun die Arbeitslosen selbst die Arbeitslosenversicherung konsolidieren müssen. Das Koalitionskränzchen (irgendwo muß da doch auch der Blüm gegessen haben) beabsichtigt offensichtlich, die Arbeitslosenunterstützung für Ledige auf 62 Prozent des vormaligen Nettoeinkommens abzusenken. Verheiratete hat man noch nicht in der Optik, da würde ein vergleichbarer Beschluß unmittelbar auf die Sozialhilfe durchschlagen. Doch auch das langt und zeugt nicht gerade vom Solidaritätsbewußtsein eines Ministers, dessen Einkommen 2mal über der Unterstützung eines ledigen Arbeitslosen liegt, dem er jetzt das Fell über die Ohren zieht. Die nächste Straffraktion wird nicht lange auf sich warten lassen, wenn man nämlich zur Neubewertung der Arbeitslosenzeiten in der Rentenversicherung kommt. Mit Blüm gegen die Kleinen. Vielleicht braucht der Minister deshalb eine Denkpause, weil so viel Chuzpe eigentlich auch ein CDU-Sozialausschüßler nicht aufbringen dürfte, ohne von den eigenen Gesinnungsfreunden nicht flugsestens zum Teufel gejagt zu werden.

Wenn man dann noch hört, daß die Überlegungen der Koalitionäre sehr real zu werden beginnen, das Krankengeld beitragspflichtig für die Rentenversicherung zu machen, dann wird es auch auf diesem Gebiet der sozialen Sicherung haarig. Außerdem ist da ja bereits vorprogrammiert, daß Krankheitszeiten künftig rentenmindernd wirken sollen.

Sucht den Bundesarbeitsminister. Noch bezieht er ein Gehalt von dieser Republik. Er bekommt es nicht, um den Sozialstaat zur Spielwiese der einkommensstarken Schichten verkommen zu lassen, die nur noch überlegen, wo der kleine Mann oberhalb der Armutsschwelle zu Lasten der Großen noch einmal geschöpft werden kann.

WANTED! NORBERT BLÜM! Schließlich sollte man ihn noch einmal anhören, ehe man ihm mit Hilfe der Sozialausschüsse zum Teufel jagt. (-/23.3.1983/ks/ca)

+ + +



Dreistes Täuschungsmanöver der Union

Die Zwangsanleihe hatte den einzigen Zweck, der FDP zu helfen

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft

Auch die akrobatischen Rechenkunststücke von Herrn Geißler können nicht darüber hinwegtäuschen: Die Unionsparteien haben ihr Wahlversprechen, die Zwangsanleihe werde nicht zurückgezahlt, gebrochen. Im Nachhinein wird unsere Vermutung bestätigt, daß diese Ankündigung im Wahlprogramm der Union ein dreistes Täuschungsmanöver war, dessen einziger Zweck darin bestand, der FDP Profilierungschancen zu geben und sie so über die Fünf-Prozent-Hürde zu heben.

Die Kritik an der Zwangsanleihe bleibt auch durch die neuen Beschlüsse unberührt: Nach wie vor werden die Besserverdienenden nur durch eine Anleihe belastet, während die Bezieher niedrigerer Einkommen zum Beispiel durch die Kürzungen im Sozialbereich dauerhaft und endgültig getroffen werden.

Die Bundesregierung geht heute Rückzahlungsverpflichtungen für die 90er Jahre ein. Aus welchen Mitteln die dann amtierende Bundesregierung die Anleihe zurückzahlen will und wer die Last der Rückzahlung dann zu tragen hat, kann heute niemand sagen.

Die Zwangsanleihe verstößt zudem in doppelter Weise gegen das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichbehandlung:

- Während Arbeitnehmer bereits seit dem 1. Januar 1983 ihre Abgabe entrichten, müssen Unternehmen frühestens im März 1984 zahlen,
- darüber hinaus können sich Unternehmen durch die Gegenrechnung von Investitionen praktisch vollständig befreien; demgegenüber haben Arbeitnehmer diese Möglichkeit nicht.

Durch die Koalitionsbeschlüsse werden die verfassungsrechtlichen Bedenken sogar noch verstärkt. Hinzu kommt, daß eine Verlängerung der Rückzahlungsfrist für bereits gezahlte Beträge verfassungsrechtlich äußerst bedenklich ist.

Wer eine wirklich gerechte Lastenverteilung will, der muß auf das bürokratische Monstrum Zwangsanleihe verzichten und den von der SPD vorgeschlagenen, auch verfassungsrechtlich sauberen Weg der Ergänzungsabgabe gehen. (-/23.3.1983/ks/ca)

+ + +



Vertrauen zerstört

Albrechts Dragahn-Beschluß gefährdet die Glaubwürdigkeit

Von Karl Ravens MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

Die niedersächsische SPD und die SPD-Landtagsfraktion haben in ihren bisherigen Beschlüssen wiederholt die Auffassung bekräftigt, daß zur Lösung der Entsorgungsfrage auch die Wiederaufarbeitungstechnologie weiter entwickelt werden muß. Deshalb lehnen wir die Prüfung eines Antrages zum Bau einer Demonstrationsanlage zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen nicht ab. Diese gehört zu dem von uns durchgesetzten parallelen Ansatz, bei dem die Techniken zur direkten Endlagerung ohne Wiederaufarbeitung und zur Wiederaufarbeitung mit dem Ziel der Endlagerung gleichzeitig erprobt werden sollen.

Die Voraussetzung für eine solche Energiepolitik ist aber Glaubwürdigkeit. Der niedersächsische Ministerpräsident und die niedersächsische Landesregierung haben am Dienstag beschlossen, Dragahn zum Standort einer Wiederaufbereitungsanlage zu machen. Das steht im Widerspruch zu den bisherigen schriftlichen Stellungnahmen Ministerpräsident Albrechts, den Landkreis Lüchow-Dannenberg nicht als Standort für den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage vorzusehen. Die Basis für eine glaubwürdige, auf das Vertrauen der Bevölkerung gegründete Energiepolitik ist damit zerstört.

Die politische Ruhe im Landkreis Lüchow-Dannenberg, die der Ministerpräsident durch seinen damaligen Verzicht auf das Corleben-Projekt wiederherstellen wollte und die eine Voraussetzung für den im Landkreis weitgehend akzeptierten Bau eines Zwischenlagers ist, wird jetzt wieder aufs Spiel gesetzt. Damit gefährdet die Landesregierung eine dringend notwendige Voraussetzung der Lösung der Entsorgung für die in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke. (-/23.3.1983/ks/ca)

+ + +



Ende der Chicago-Boys

Das Modell Chile ist gescheitert

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Als der führende "monetaristische" Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedmann für seine Theorie der Selbstheilung des Marktes durch Steuerung der Geldmenge mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden war, hatten seine Anhänger die "Chicago-Boys", Chile längst zu ihrem Experimentierfeld gemacht und schon die ersten Rückschläge hinnehmen müssen. Die extreme Exportorientierung von Industrie und Landwirtschaft hatte zu ernststen Versorgungsschwierigkeiten für die Bevölkerung geführt. Eine unkanalisierte, durch niedrige Einfuhrzölle und eine zu hoch bewertete Währung begünstigte Einfuhrschwemme hatte Zehntausende von Arbeitsplätzen hinweggespült.

Trotzdem hatten Wirtschaftsfachleute aus aller Welt nach dem "gescheiterten sozialistischen Experiment" der Regierung Allende beifällig auf steigende Wachstumsraten und sinkende Inflationswerte geblickt, und der Internationale Währungsfonds hatte 1980 vom "Modell Chile" gesprochen, obwohl damals die - früher praktisch unbekannte - Arbeitslosigkeit landesweit auf zwischen 15 und 20 Prozent geschätzt wurde und schon seit Jahren eine wachsende Verelendung breiter Bevölkerungsteile bis in die Mittelschichten hinein beobachtet wurden. Die hohen "sozialen Kosten" für diese Politik waren in der Rechnung der Wirtschaftsfachleute nicht aufgetaucht. Die mußten von der breiten Masse der Bevölkerung aufgebracht werden.

Heute steht die Militärjunta in Santiago de Chile trotz großer internationaler Unterstützung vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. Die sozialen Kosten haben sich endgültig als zu hoch erwiesen. Allein im Großraum Santiago hat sich die Arbeitslosigkeit binnen zweier Jahre fast verdoppelt. Die Einkommen derer, die Arbeit haben, hinken schon seit Jahren mit wachsendem Abstand hinter den Preisen her. Die 810 Firmenzusammenbrüche im Jahre 1982 bedeuten eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr; für das Entwicklungsland Chile stellt dies eine Katastrophe dar. In ihrer Not greift die Junta bereits auf Mittel der von ihr gestürzten Regierung Allende zurück: Eine wachsende Zahl von Banken wird vom Staat kontrolliert.

Damit ist ein Wirtschaftsmodell gescheitert, dessen Einführung eine der wesentlichen Begründungen für den Putsch von 1973 gewesen war. Die Masse der chilenischen Bevölkerung hat also für diesen Putsch nicht nur mit dem Verlust von Demokratie und Freiheit und viel Blut bezahlen müssen, sondern mit Armut und Elend und ohne Aussicht auf eine baldige Verbesserung ihrer verzweifelten Lage.

(-/23.3.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

